

30.05.2023

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1767 vom 3. Mai 2023
des Abgeordneten Ralf Witzel FDP
Drucksache 18/4237

Eine Million noch immer fehlende Grundsteuererklärungen in Nordrhein-Westfalen – Welche Daten und Fakten liegen dem Finanzminister zum Status einer rechtssicheren Umsetzung der Grundsteuerreform in unserem Land aktuell vor?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Die Verärgerung zahlreicher Steuerpflichtiger über die neue Grundsteuerbürokratie hält bei Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Betroffenen unvermindert an. Sogar viele Experten hadern mit der neuen Grundsteuererklärung, die allgemein verpflichtend über das ELSTER-Onlineportal der Finanzverwaltung zu erledigen ist. Durch diesen erzwungenen Übermittlungsweg der Daten sparen die Finanzbehörden zwar eigenen Personalaufwand, da sie die anfallenden Arbeiten auf die Steuerpflichtigen delegieren, aber dadurch erhöhen sie die Belastungen für viele Steuerpflichtige. Etliche von ihnen wünschen sich alternativ eine gewohnte beleghafte Bearbeitungsmöglichkeit in Papierform, da sie dann mehr Ruhe, Zeit und Sicherheit empfinden als bei dem technisch unzureichenden Onlineverfahren. Insgesamt ist die große Überforderung und Belastung der Bevölkerung durch das unnötig bürokratische Modell und dessen Administration ein zentrales Dauerärgernis bei den Steuerzahlern.

Trotz des immensen personellen und finanziellen Aufwands in einer deutlich zweistelligen Millionengrößenordnung ist der bisherige Rücklauf der Grundsteuerfeststellungserklärungen bis zum zweiten Fristende absolut enttäuschend. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der völlig unnötigen Kompliziertheit des bürokratischen Scholz-Modells. Per Länderöffnungsklausel hätte die Landtagsmehrheit dem Vorschlag der FDP-Landtagsfraktion für ein einfacheres flächenbasiertes Grundsteuermodell folgen können und sollen. Da dieses ausschließlich aus anderen Erfassungen bereits bekannte Daten erfordert, wäre dabei außerdem der Versand vorausgefüllter Steuererklärungen möglich gewesen, der sicher zu einer deutlich höheren Rücksendequote geführt hätte.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist das Thema Grundsteuerreform schon seit vielen Jahren von großem Interesse, da diese gleichermaßen selbstnutzende Wohneigentümer, Vermieter und Mieter sowie Betriebe, Vereine und andere Organisationen betrifft. Anders als beim Kauf von vielen reinen Konsumgütern ist Wohnen ein Existenzbedürfnis, und es besteht regulär keine Möglichkeit zur Grundsteuervermeidung durch schnelle Verhaltensänderungen.

In der Sachverständigenanhörung des Haushalts- und Finanzausschusses haben Experten am 25. August 2022 bei der Sitzung ebenso wie im Vorfeld mit schriftlichen Stellungnahmen

Datum des Originals: 30.05.2023/Ausgegeben: 05.06.2023

des Verbandes Haus & Grund, vom Bund der Steuerzahler und der Immobilienwirtschaft im Zentralen Immobilienausschuss (ZIA) ihre umfangreiche Kritik am Scholz-Modell artikuliert und einen Systemwechsel hin zu einem flächenbasierten Modell gefordert.

Der noch lückenhafte Eingang der Grundsteuerfeststellungserklärungen wird zunehmend zu einer Belastung für die nordrhein-westfälischen Kommunen, die auf eine rechtssichere und rechtzeitige Berechnung ihrer Grundsteuereinnahmen im örtlichen Haushalt zwingend angewiesen sind. Die Grundsteuer ist für nahezu alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine der ertragsstärksten Steuerarten.

Nach Angaben des Finanzministers liegt die Quote eingegangener Grundsteuererklärungen in der zweiten Hälfte des Monats April erst bei 83%. Damit sind aktuell noch immer rund eine Million Grundsteuererklärungen ausstehend. Die Daten lassen sich den Ausführungen des Finanzministers in LT-DS 18/4087 entnehmen. Nordrhein-Westfalen ist damit deutlich in den Rückstand geraten. Die etwa eine Million fehlenden Grundsteuererklärungen sind immerhin 11 Wochen nach der bereits verlängerten zweiten Fristsetzung zum 31. Januar 2023 und sogar beachtliche 24 Wochen nach der eigentlichen Fristsetzung zum 31. Oktober 2022 noch immer ausstehend. Dabei hat sich der Finanzminister bereits lange Zeit gegen die von etlichen Betroffenen geforderte erste Fristverlängerung im Herbst 2022 gestemmt, bevor er vor der Realität kapituliert hat.

Die FDP-Landtagsfraktion hingegen warnt seit jeher vor dem unnötig bürokratischen Scholz-Modell, bei dem eine Verständlichkeit und Akzeptanz bei zahlreichen Steuerpflichtigen nachvollziehbarerweise nicht gegeben sind. Konstruktive Vorschläge für ein besseres und praktikableres Grundsteuermodell weist der Finanzminister seit Jahresmitte 2022 vor allem mit dem Argument zurück, es dürfe zu keiner Verzögerung im Vergleich zur ursprünglichen Zeitplanung kommen. Nun ist umgekehrt genau diese eingetreten, da der Finanzminister jeder vernünftigen Verfahrensvereinfachung eine Absage erteilt hat.

Bereits in der 14. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 9. Februar 2023 hat der Finanzminister ausweislich des Wortprotokolls dargelegt, warum er die Kritik der FDP-Landtagsfraktion am Modell und dem Vorgehen bei der Grundsteuerreform ausdrücklich nicht teilt (APr 18/162, S. 31). Er erklärt dazu wörtlich gegenüber den Abgeordneten:

„Ich teile nicht Ihre Einschätzung, dass es sich um Millionen überforderte Steuerpflichtige handelt. Das teile ich nicht. Wir haben über die Monate, die wir das Ganze betrachten, völlig andere Rückmeldungen aus den Hotlines. Wir haben die Information, dass die aller-, aller-, allermeisten Menschen, die sich entweder auf der Homepage, bei YouTube oder über die Hotline bei uns informieren, überhaupt kein Problem haben, das zu erledigen. Diese ‚Millionen überforderten Steuerpflichtigen‘ sind ein Kommunikationsthema von Menschen, die ein Interesse daran haben, dies so darzustellen. Es ist nicht die Lebenswirklichkeit in Nordrhein-Westfalen und nicht die Lebenswirklichkeit in Deutschland. Daran, ob wir unter den tausend wichtigsten Themen, die wir gerade in Deutschland und Europa haben, dieses Thema haben, habe ich große Zweifel.“

Zugleich hat der Finanzminister in der besagten Sitzung erklärt, nach Karneval beginne der Versand von Erinnerungsschreiben an die mit der Abgabe ihrer Steuererklärung säumigen Steuerpflichtigen. Blieben diese Aufforderungsschreiben hinsichtlich des Erklärungseingangs folgenlos, müssen die Betroffenen mit einer Schätzung ihres Grundsteuerwertes rechnen.

Aufgrund der zahlreichen noch ausstehenden Grundsteuererklärungen im Land Nordrhein-Westfalen ist es für den Landtag von großem Interesse zu erfahren, wie die aktuellen Daten,

Zahlen und Fakten zum Status des Grundsteuerverfahrens konkret aussehen und mit welchen verbindlichen Zielmarken der Finanzminister seine weiteren Prozesse steuert.

Der Minister der Finanzen hat die Kleine Anfrage 1767 mit Schreiben vom 30. Mai 2023 namens der Landesregierung beantwortet.

1. Wie sehen jeweils einzeln für die Stichtage 31. März 2023 sowie 30. April 2023 die Erklärungseingangsquote und die ELSTER-Quote landesweit sowie aufgeschlüsselt nach den einzelnen Finanzämtern aus? (Sachstandsaktualisierung analog zu der Darstellung in LT-DS 18/4087, Antwort 1, erbeten).

Bei Ermittlung der Quoten für landesinterne Steuerungszwecke werden die elektronisch eingegangenen Erklärungen um die berichtigten und mehrfach übermittelten Erklärungen bereinigt.

Demnach lagen am 31. März 2023 (24.00 Uhr)

- die Erklärungseingangsquote bei rund 81 % und
- die ELSTER-Quote bei rund 90 %.

Die entsprechend ermittelten Quoten der Finanzämter können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Stand: 31.03.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
	*Anteil der abgegebenen Erklärungen an den insgesamt abzugebenden Erklärungen	**Anteil der elektronisch abgegebenen an den insgesamt abgegebenen Erklärungen
Dinslaken	84,95	89,42
Viersen	83,73	92,18
Düsseldorf-Altstadt	81,21	94,67
Düsseldorf-Nord	80,80	92,43
Düsseldorf-Süd	82,22	93,40
Duisburg-Hamborn	77,25	88,85
Duisburg-Süd	82,34	90,43
Essen-NordOst	84,35	89,97
Essen-Süd	84,55	91,52
Geldern	78,50	96,27
Grevenbroich	82,89	89,56
Kempen	82,01	93,25
Kleve	80,27	91,86
Krefeld	80,86	90,32

Stand: 31.03.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
Kamp-Lintfort	82,45	90,29
Mülheim an der Ruhr	80,09	90,30
Mönchengladbach	81,24	90,66
Neuss	84,40	90,85
Oberhausen-Nord	81,46	89,41
Oberhausen-Süd	79,97	87,99
Remscheid	79,54	90,08
Solingen	79,77	89,44
Wesel	78,28	91,26
Wuppertal-Barmen	78,90	87,56
Wuppertal-Elberfeld	79,62	89,14
Düsseldorf-Mitte	78,34	92,86
Duisburg-West	77,97	89,42
Hilden	84,42	90,82
Velbert	80,03	90,56
Düsseldorf-Mettmann	81,87	92,68
Aachen-Stadt	83,99	90,77
Aachen-Kreis	81,86	90,51
Bergheim	82,82	88,50
Bergisch Gladbach	81,13	90,65
Bonn-Innenstadt	80,67	92,52
Bonn-Außenstadt	82,50	89,51
Düren	78,95	87,80
Erkelenz	81,29	89,62
Euskirchen	78,21	89,20
Geilenkirchen	81,78	90,93
Schleiden	75,97	91,65
Gummersbach	76,21	90,38
Jülich	84,02	87,49
Köln-Altstadt	81,91	94,77
Köln-Mitte	79,09	98,23
Köln-Porz	82,88	88,13
Köln-Nord	83,00	92,29
Köln-Ost	79,49	91,05
Köln-Süd	82,22	92,13
Siegburg	79,85	88,83
Wipperfürth	81,25	87,78
Sankt Augustin	80,87	91,34
Köln-West	81,80	91,43

Stand: 31.03.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
Brühl	79,74	89,44
Leverkusen	79,76	90,36
Ahaus	76,30	92,03
Altena	75,13	88,84
Arnsberg	76,64	91,19
Beckum	80,38	88,95
Bielefeld-Innenstadt	83,05	90,54
Bochum-Mitte	81,70	89,87
Borken	79,23	92,53
Bottrop	80,94	89,30
Brilon	72,73	91,15
Bünde	78,19	86,25
Steinfurt	79,57	89,99
Coesfeld	79,61	89,45
Detmold	80,27	88,73
Dortmund-West	82,86	90,57
Dortmund-Hörde	84,25	88,52
Dortmund-Unna	83,88	88,91
Dortmund-Ost	79,83	89,66
Gelsenkirchen	77,29	91,25
Hagen	82,14	87,92
Hamm	84,49	84,43
Hattingen	84,89	87,98
Herford	81,90	87,10
Herne	82,29	87,88
Höxter	76,54	89,61
Ibbenbüren	80,30	90,54
Iserlohn	81,95	87,23
Lemgo	78,47	87,09
Lippstadt	80,27	87,49
Lübbecke	75,74	91,92
Lüdenscheid	78,30	88,65
Lüdinghausen	81,95	89,78
Meschede	78,01	89,36
Minden	78,04	88,83
Münster-Außenstadt	82,87	91,12
Münster-Innenstadt	84,69	91,85
Olpe	79,04	90,25
Paderborn	79,81	91,48

Stand: 31.03.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
Recklinghausen	83,23	88,79
Schwelm	84,81	89,68
Siegen	79,69	86,05
Soest	80,72	88,77
Warburg	79,10	88,92
Warendorf	81,67	90,09
Wiedenbrück	84,69	89,40
Witten	84,44	88,00
Bielefeld-Außenstadt	85,48	87,69
Bochum-Süd	85,04	90,08
Gütersloh	81,57	89,73
Marl	84,15	88,40

Am 30. April 2023 (24.00 Uhr) lagen

- die Erklärungseingangsquote bei rund 86 % und
- die ELSTER-Quote bei rund 90 %.

Die entsprechend ermittelten Quoten der Finanzämter können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Stand: 30.04.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
	*Anteil der abgegebenen Erklärungen an den insgesamt abzugebenden Erklärungen	**Anteil der elektronisch abgegebenen an den insgesamt abgegebenen Erklärungen
Dinslaken	90,05	88,63
Viersen	88,88	91,47
Düsseldorf-Altstadt	86,09	94,32
Düsseldorf-Nord	86,06	92,26
Düsseldorf-Süd	86,98	92,85
Duisburg-Hamborn	82,56	88,67
Duisburg-Süd	87,54	89,70
Essen-NordOst	89,01	90,09
Essen-Süd	87,85	91,82
Geldern	82,60	96,46

Stand: 30.04.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
Grevenbroich	87,55	89,02
Kempen	86,64	92,95
Kleve	85,83	91,21
Krefeld	86,23	90,22
Kamp-Lintfort	86,94	90,32
Mülheim an der Ruhr	84,33	90,44
Mönchengladbach	86,87	90,54
Neuss	89,13	90,67
Oberhausen-Nord	85,14	89,86
Oberhausen-Süd	85,64	87,73
Remscheid	85,24	89,91
Solingen	86,36	89,41
Wesel	83,20	90,95
Wuppertal-Barmen	85,08	87,31
Wuppertal-Elberfeld	85,46	88,76
Düsseldorf-Mitte	83,75	92,80
Duisburg-West	83,25	89,47
Hilden	89,67	90,58
Velbert	86,26	90,45
Düsseldorf-Mettmann	86,88	92,32
Aachen-Stadt	88,63	90,85
Aachen-Kreis	87,61	89,94
Bergheim	87,93	88,02
Bergisch Gladbach	86,28	90,34
Bonn-Innenstadt	85,65	92,26
Bonn-Außenstadt	87,40	89,13
Düren	84,84	87,62
Erkelenz	86,36	89,24
Euskirchen	84,46	88,78
Geilenkirchen	85,96	90,59
Schleiden	79,97	91,40
Gummersbach	80,38	90,20
Jülich	88,43	86,75
Köln-Altstadt	86,28	94,31
Köln-Mitte	83,23	98,32
Köln-Porz	88,19	87,48
Köln-Nord	87,36	91,87
Köln-Ost	84,42	90,54
Köln-Süd	86,44	91,68

Stand: 30.04.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
Siegburg	84,00	88,56
Wipperfürth	85,06	87,54
Sankt Augustin	84,79	90,65
Köln-West	86,39	91,41
Brühl	84,45	89,47
Leverkusen	85,10	90,20
Ahaus	81,63	92,27
Altena	80,56	88,92
Arnsberg	81,31	91,43
Beckum	85,05	89,51
Bielefeld-Innenstadt	87,97	90,49
Bochum-Mitte	87,42	89,05
Borken	84,43	92,85
Bottrop	85,67	88,97
Brilon	78,84	91,22
Bünde	84,59	86,38
Steinfurt	85,05	90,09
Coesfeld	85,99	89,31
Detmold	85,75	88,41
Dortmund-West	88,06	90,03
Dortmund-Hörde	89,86	88,19
Dortmund-Unna	89,05	88,80
Dortmund-Ost	85,04	89,38
Gelsenkirchen	83,59	89,24
Hagen	87,85	87,45
Hamm	89,77	83,73
Hattingen	89,74	87,64
Herford	86,99	87,05
Herne	86,97	87,37
Höxter	82,88	88,99
Ibbenbüren	85,90	90,30
Iserlohn	88,49	86,79
Lemgo	84,38	87,08
Lippstadt	86,10	87,01
Lübbecke	83,28	91,11
Lüdenscheid	85,17	87,94
Lüdinghausen	86,71	90,21
Meschede	84,12	89,86
Minden	84,79	88,46

Stand: 30.04.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
Münster-Außenstadt	87,18	91,49
Münster-Innenstadt	89,31	91,47
Olpe	84,16	90,62
Paderborn	85,98	91,26
Recklinghausen	87,60	88,40
Schwelm	89,36	89,34
Siegen	83,83	85,75
Soest	84,65	88,76
Warburg	83,46	88,76
Warendorf	85,81	89,90
Wiedenbrück	89,25	89,08
Witten	87,82	87,84
Bielefeld-Außenstadt	90,02	87,28
Bochum-Süd	88,66	90,00
Gütersloh	85,65	90,12
Marl	88,57	88,05

2. Wie viele der jeweils bis zum 31. März 2023 sowie 30. April 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen sind seitens der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung durch Bescheiderteilung an die Steuerpflichtigen bereits abschließend bearbeitet worden? (Sachstandsaktualisierung bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent analog zu LT-DS 18/4087, Antwort 2).

Den Angaben liegen die bis zum 4. Mai 2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten Erklärungen zugrunde.

Von den bis zum 31. März 2023 eingegangenen Erklärungen sind rund 4.121.000 Erklärungen erledigt worden. Das sind rund 78 % der bis zum 31. März 2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

Von den bis zum 30. April 2023 eingegangenen Erklärungen sind rund 4.308.000 Erklärungen erledigt worden. Das sind rund 77 % der bis zum 30. April 2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

- 3. Wie sehen bei der Erfassung der Eingänge jeweils einzeln zum 31. März 2023 sowie 30. April 2023 jeweils die Autofallquote und -anzahl vollmaschineller Verarbeitung (bei offenbar korrekten und vollständigen Angaben) bzw. die Überprüfungsquote bzw. -anzahl zur personellen Bearbeitung (beispielsweise aufgrund angenommener Nacharbeitsbedarfe, falschen Angaben oder Unvollständigkeit der Daten etc.) aus? (Sachstandsaktualisierung bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent analog zu LT-DS 18/4087, Antwort 3).**

Den Angaben liegen die bis zum 4. Mai 2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten Erklärungen zugrunde.

Von den bis zum 31. März 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen wurden knapp 2.649.000, also 52 %, vollmaschinell verarbeitet und damit ohne personelle Prüfung erledigt (Autofallquote).

Von den bis zum 30. April 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen wurden knapp 2.799.000, also 52 %, vollmaschinell verarbeitet und damit ohne personelle Prüfung erledigt (Autofallquote).

Die übrigen Fälle wurden durch Prüf- und/oder Fehlerhinweise zur personellen Bearbeitung ausgesteuert, z. B. weil die Angaben nicht vollständig oder nicht plausibel waren oder eine fachliche Überprüfung erforderlich war bzw. ist.

- 4. Genau wie viele Anfragen sind bei der Hotline der Finanzverwaltung, bitte jeweils täglich ab dem 1. März 2023 bis zum 30. April 2023, dort zu Sachverhalten der Grundsteuer eingegangen? (bitte identische Fortschreibung der Übersicht aus LT-DS 18/4087).**

Die in der Grundsteuerhotline vom 1. März 2023 bis 30. April 2023 eingegangene Zahl der Anfragen sind der nachfolgend aufgeführten Tabelle zu entnehmen.

01.03.23 (Mi)	4551
02.03.23 (Do)	3607
03.03.23 (Fr)	2251
04.03.23 (Sa)	29
05.03.23 (So)	10
06.03.23 (Mo)	3413
07.03.23 (Di)	2739
08.03.23 (Mi)	2262
09.03.23 (Do)	16401
10.03.23 (Fr)	21393
11.03.23 (Sa)	222
12.03.23 (So)	45
13.03.23 (Mo)	76448
14.03.23 (Di)	28451
15.03.23 (Mi)	13039
16.03.23 (Do)	16787

17.03.23 (Fr)	18516
18.03.23 (Sa)	193
19.03.23 (So)	83
20.03.23 (Mo)	78299
21.03.23 (Di)	33457
22.03.23 (Mi)	17751
23.03.23 (Do)	27258
24.03.23 (Fr)	29866
25.03.23 (Sa)	304
26.03.23 (So)	126
27.03.23 (Mo)	87526
28.03.23 (Di)	39990
29.03.23 (Mi)	19497
30.03.23 (Do)	23193
31.03.23 (Fr)	23131
01.04.23 (Sa)	331
02.04.23 (So)	122
03.04.23 (Mo)	91224
04.04.23 (Di)	40867
05.04.23 (Mi)	24996
06.04.23 (Do)	16092
07.04.23 (Fr)	207
08.04.23 (Sa)	83
09.04.23 (So)	49
10.04.23 (Mo)	158
11.04.23 (Di)	46184
12.04.23 (Mi)	23423
13.04.23 (Do)	19005
14.04.23 (Fr)	12200
15.04.23 (Sa)	109
16.04.23 (So)	85
17.04.23 (Mo)	25560
18.04.23 (Di)	12085
19.04.23 (Mi)	8403
20.04.23 (Do)	8313
21.04.23 (Fr)	6846
22.04.23 (Sa)	76
23.04.23 (So)	57
24.04.23 (Mo)	16385
25.04.23 (Di)	8088
26.04.23 (Mi)	5961

27.04.23 (Do)	5703
28.04.23 (Fr)	4528
29.04.23 (Sa)	60
30.04.23 (So)	22

- 5. Gegen wie viele Grundsteuerfeststellungsbescheide und Grundsteuerermessbescheide ist bislang jeweils Einspruch von Steuerpflichtigen eingelegt worden? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent gemessen an den ergangenen Bescheiden als Sachstandsaktualisierung analog zu LT-DS 18/3280, Antwort 2).**

Die Zahlen bezogen auf den 30. April 2023 liegen noch nicht vor.

Bis zum 31. März 2023 wurden landesweit rund 263.000 Einsprüche gegen Grundsteuerwertfeststellungsbescheide eingetragen. Das sind 6,8 % der bis dahin erledigten Grundsteuerwertfeststellungen.

Bis zum 31. März 2023 wurden landesweit rund 124.000 Einsprüche gegen Grundsteuerermessbetragsbescheide eingetragen. Ein prozentualer Anteil kann nicht ermittelt werden, da die absolute Anzahl der erledigten Grundsteuerermessbetragsbescheide nicht vorliegt.